

TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND

Almanya Türk Toplumu

Bundesgeschäftsstelle / Genel Merkez
Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin
☎ 030-624 31 20 • Fax: 030-61 30 43 10
<http://www.tgd.de> • Mail: kenan.kolat@tgd.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank Hamburg
65 16710 • BLZ 200 700 00
BUNDESVORSITZENDER
GENEL BAŞKAN
Kenan Kolat
☎ 0177 260 31 49

Herrn Dr. Gregor Gysi
Vorsitzender der Links-Fraktion im Deutschen Bundestag

Per Mail

Berlin, 29.12.2006

Auslassungen des Vorsitzenden der Gruppe Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Jochen-Konrad Fromme, MdB, über Herrn Prof. Dr. Hakki Keskin, MdB.

Sehr geehrter Herr Dr. Gysi,

mit Ablehnung hat die Türkische Gemeinde in Deutschland die beleidigenden und unzutreffenden Auslassungen Herrn Frommes vom 12.12.2006 zur Kenntnis nehmen müssen, der unverblümt Partei für eine historisch ungeklärte Sache nimmt und nicht einmal davor zurückschreckt, Anschuldigungen wider besseres Wissen zu formulieren. Daneben verfolgen wir die Erklärungen der Armenischen Gemeinde in Deutschland mit großer Sorge.

Prof. Dr. Hakki Keskin vertritt - so wie die Türkische Gemeinde in Deutschland - nur die Auffassung, dass die Bewertung der überaus tragischen Ereignisse während des ersten Weltkriegs im Osten des damals osmanischen Reichs umstritten ist. Es fand zwar eine Deportation von erheblichen Teilen der armenischen Bevölkerung mit großen Verlusten statt. Dieses Ereignis darf und sollte allerdings nicht als „Völkermord“ bezeichnet werden, solange eine internationale Autorität (entsprechend den von den Vereinten Nationen aufgestellten Kriterien) eine endgültige Bewertung vorgelegt hat.

Es ist unzulässig, dass Herr Fromme sich auf den Beschluss des Bundestages bezieht, und die dort genannten Zahlen verdoppelt. Dies erweckt den Eindruck, dass manche Kreise in Deutschland durch die Parteinahme in dem türkisch - armenischen Konflikt versuchen den Holocaust, die 6 Millionen Todesopfer der Juden im zweiten Weltkrieg durch das Nazi-Deutschland, zu relativieren.

Die angestrebte Tabuisierung des türkisch-armenischen Konfliktes soll eine freie wissenschaftliche Befassung mit dem Thema unterbinden. Da in dieser Frage entgegen der allgemein verbreiteten Meinung gerade die neuen Forschungsarbeiten eine andere Sichtweise eröffnen, kann weder von „gesicherten historischen Tatsachen“ noch von einem absoluten Dogmatismus des im Jahre 2005 vom Bundestag verfassten Textes mehr gesprochen werden. Die Parlamente sind nicht befugt, den historischen Ereignissen eigene politische Definitionen zu verpassen.

Wir werden allen Diffamierungen und Denk- und Diskussionsverboten seitens gewisser armenischer Kreise und ihren Unterstützern entgentreten, die somit das Thema

tabuisieren und die historische Aufarbeitung verhindern. Eine Türkisch-Deutsche-Initiative hat nach dem Bundestagsbeschluss mit 130.000 Unterschriften die Politik eindringlich davor gewarnt, eine politisch bindende Aussage über diesen Konflikt auszusprechen, um historische Fehler und die Unterbindung der erforderlichen Historikerdebatte zu vermeiden.

In dem türkisch-armenischen Konflikt fühlen sich beide Seiten als Opfer und sehen die jeweils andere Seite als Täter. Die Auseinandersetzung erfolgt mit Methoden des politischen Lobbyismus. Die TGD vertritt daher seit Jahren die Auffassung, dass die Bewertung dieser Tragödie durch ein internationales (Historiker)Gremium untersucht und durch die Beleuchtung aller historischen Hintergründe sowie Öffnung aller Archive (auch der armenischen und der deutschen) erfolgen muss.

Hierzu hatte die TGD 2001 folgenden Vorschlag unterbreitet:

- *Wir schlagen die Gründung einer Kommission vor, deren Mitglieder aus Historikern bestehen, die sich in diesem Gebiet ausgewiesen haben, um dieses Thema eingehend zu untersuchen. Die Mitglieder der Kommission sollen zu gleichen Teilen aus türkischen und armenischen Historikern bestehen, die je zur Hälfte von der Türkei und Armenien benannt werden. Darüber hinaus wäre denkbar, sich mit Armenien auf international anerkannte Historiker zu einigen, die als Mitglied dieser Kommission wirken sollen.*
- *Die Türkei und Armenien sollen alle ihre Archiven und Unterlagen den Mitgliedern der Kommission zur Verfügung stellen.*
- *Der Bericht der gemeinsamen Kommission soll, beispielsweise nach einer vereinbarten Untersuchungszeit, der Weltöffentlichkeit vorgelegt werden.*

Dieser Auffassung der TGD hat seit etwa einem Jahr die derzeitige türkische Regierung sich angeschlossen und der armenischen Regierung diesen Vorschlag unterbreitet. Es scheitert alleine an der Verweigerungshaltung der armenischen Seite, dass weder ein gesellschaftlicher Dialog noch ein Historikerdiskurs stattfinden kann.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland gibt die Hoffnung auf einen türkisch-armenischen Dialog und auf einen Diskurs fern von politischem Lobbyismus nicht auf.

Mit freundlichen Grüßen

Kenan Kolat
(Bundesvorsitzender)

Kopie: Herrn Prof. Dr. Hakki Keskin, MdB